

Bundesministerium des Innern

Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn
Professor
Thomas Rid
Department of war Studies
King's College London
Strand
London WC2R 2 LS

E-Mail: [redacted]

HAUSANSCHRIFT
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

POSTANSCHRIFT
11014 Berlin

TEL +49(0)30 18 681-12031
FAX +49(0)30 18 681-55038

IFG@bmi.bund.de
www.bmi.bund.de

Betreff: Informationsfreiheitsgesetz
hier: Desinformationskampagnen östlicher Nachrichtendienste aus dem Jahr 1985

Bezug: Ihr Antrag vom 20. Februar 2017
Aktenzeichen: Z I 4-13002/4#1039
Berlin, 9. März 2017

Anlage: -1-

Sehr geehrter Herr Professor Rid,

mit Schreiben vom 29. Februar 2017 beantragen Sie auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) die Übersendung (Freigabe) eines Berichts bzgl. Desinformationskampagnen östlicher Nachrichtendienste von Angang 1985.

Ich habe Ihnen hierzu den entsprechenden seinerzeitigen Bericht als Anlage dieser Mail beigefügt und hoffe, Ihnen mit diesen Informationen geholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Menz

"Aktive Maßnahmen" östlicher Nachrichtendienste

- Versuche zur Manipulation der deutschen Politik und des innenpolitischen Klimas in der Bundesrepublik Deutschland -

I. Die offensive Aufgabe der Nachrichtendienste kommunistisch regierter Staaten

Seit Beginn der 50er Jahre haben die kommunistischen Parteien des Warschauer Paktes ihren staatlichen Institutionen und ihren politischen und gesellschaftlichen Organisationen eine neue offensive Aufgaben zugewiesen. Im Rahmen der Außenpolitik der kommunistischen Staaten haben sie den Auftrag, durch von der Partei geplante und gesteuerte Maßnahmen aktiv in das politische Leben der westlichen Welt einzugreifen und so ihren Beitrag zur Verwirklichung der außenpolitischen Ziele der kommunistischen Staaten zu leisten.

Die kommunistischen Parteien haben dabei insbesondere ihren Nachrichtendiensten eine offensive Rolle übertragen, die weit über die Wahrnehmung und Erfüllung ihres traditionellen Auftrages der Informationsbeschaffung aus der westlichen Welt hinausgeht. Unter Ausnutzung der in den demokratischen Staaten der westlichen Welt herrschenden Informations- und Meinungsfreiheit und der dort bestehenden vielfältigen Kommunikationssysteme führen sie seit nunmehr über 30 Jahren mit nachrichtendienstlichen Mitteln politische Operationen durch, die bis Mitte der 60er Jahre als "Zersetzungsarbeit", "politisch aktive Maßnahmen" oder "Desinformation" bezeichnet wurden und die sie danach und heute unter dem Begriff "Aktive Maßnahmen" durchführen.

Diese Ausarbeitung stellt Entwicklung und Stand dieser Methode der gegnerischen Nachrichtendienste im Rahmen der kommunistischen Außenpolitik anhand von Beispielen dar. Sie basiert auf Informationen von Überläufern des sowjetischen Nachrichtendienstes KGB und anderer Dienste der Staaten des Warschauer Paktes sowie auf der Auswertung erkannter und vermuteter politischer Operationen gegnerischer Dienste.

Die Ausarbeitung hat das Ziel, die Aufmerksamkeit auf diese Aktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste zu lenken. Sie kann naturgemäß nicht vollständig sein, da die eine oder andere "Aktive Maßnahme" entweder nicht erkannt wurde oder nicht nachgewiesen werden konnte und bestimmte Fälle sich für eine öffentliche Darstellung aus naheliegenden Gründen nicht eignen.

II. Definition und Zielsetzung der "Aktiven Maßnahmen"

"Aktive Maßnahmen" sind offensive Operationen der gegnerischen Nachrichtendienste, mit denen diese auf Weisung oder auf Initiative der politischen Führung ihres Landes aktiv die eigene Außenpolitik und die der Staaten des Warschauer Paktes unter Führung der UdSSR zu fördern und zu unterstützen versuchen.

"Aktive Maßnahmen" greifen daher in die innen- und außenpolitischen Verhältnisse nichtkommunistischer Staaten, insbesondere jedoch der Staaten der westlichen Welt, mit dem Ziel ein

- diese Staaten sowohl über die politische, wirtschaftliche und militärische Situation und die Absichten der Staaten des Warschauer Paktes als auch anderer nichtkommunistischer, insbesondere der mit ihnen befreundeten Staaten zu täuschen,

- sie dadurch zu falschen, für sie ungünstigen Reaktionen und Aktivitäten zu verleiten und

- ihre Entscheidungen in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen langfristig zugunsten der Absichten der Staaten des Warschauer Paktes zu beeinflussen.

Bei der Durchführung "Aktiver Maßnahmen" verfolgen die gegnerischen Nachrichtendienste im einzelnen nachstehende Ziele:

- Bloßstellung und Diffamierung anderer Staaten, Regierungen, politischer Gruppen oder Einzelpersonen gegenüber der Weltöffentlichkeit oder auch nur bestimmten Interessen- oder Personengruppen;

- Aufwiegeln der Bevölkerung gegen staatliche Institutionen;

- Störung und Beeinflussung der politischen Willensbildung in einzelnen Staaten;

- Diffamierung und Zersetzung mit dem Ziel der Zerstörung von politischen Gruppen oder der Reputation von Personen, die aktiv kommunistische Bestrebungen bekämpfen;

- Störung der Beziehungen der nichtkommunistischen Staaten untereinander, insbesondere die der demokratischen Staaten der westlichen Welt zu den Ländern der Dritten Welt, der EG-Staaten und der Europäischen NATO-Partner untereinander, sowie der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinigten Staaten von Amerika;

- Störung der Handelsbeziehungen der westlichen Welt;

- Bindung der westlichen Wissenschaft an kostspielige, sachlich nicht gerechtfertigte Forschungsprojekte bzw. Ausnutzung von Forschungsprojekten, die der eigenen Forschung und Wirtschaft dienlich sind;

- Verunsicherung und Diskreditierung der Nachrichtendienste der westlichen Welt.

Neben der generellen Unterstützung der Außenpolitik der DDR liegen die Schwerpunkte "Aktiver Maßnahmen" der Nachrichtendienste der DDR in der Diffamierung des Systems der Bundesrepublik Deutschland als vom "Nazi-Ungeist" beeinflußten "imperialistischen Herrschaftssystem" und in der Schaffung von Differenzen zwischen den EG-Mitgliedsstaaten und zwischen der EG und den USA.

Zu den gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten "Aktiven Maßnahmen" des sowjetischen Nachrichtendienstes KGB ist bekannt, daß ihr Ziel die Erschütterung des Vertrauens der Bundesregierung in den Bündnispartner USA war und ist.

III. Die politische Steuerung

"Aktive Maßnahmen" der gegnerischen Nachrichtendienste sind ein Bestandteil der Außenpolitik der Staaten des Warschauer Paktes. Daher liegt die politische Verantwortung und Steuerung dieser Maßnahmen bei den Führungsgremien der jeweiligen kommunistischen oder sozialistischen Partei. Sie entscheiden darüber, ob zur Erreichung eines bestimmten außenpolitischen Zieles von den Nachrichtendiensten "Aktive Maßnahmen" in eigener Zuständigkeit oder in Zusammenarbeit mit anderen staatlichen, politischen oder gesellschaftlichen Einrichtungen und Organisationen durchgeführt werden. In schwerwiegenden Fällen erteilen sie die Weisung für die Durchführung einer bestimmten "Aktiven Maßnahme", in der Regel werden jedoch Planung, Zielsetzung und Durchführung einer Maßnahme vom gegnerischen Nachrichtendienst mit der Partei abgestimmt.

Die politische Steuerung der "Aktiven Maßnahmen" der gegnerischen Dienste ist in der Vergangenheit wiederholt durch Überläuferaussagen bestätigt worden.

Bereits im Jahre 1959 erklärte ein Überläufer, daß die Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR vom Politbüro der SED "genau spezifizierte Aufklärungs- und Zersetzungsaufträge" erhalten habe. Bereits damals habe die Leitung der Hauptverwaltung Aufklärung die politische Zersetzungsarbeit aller Abteilungen aufgrund von Weisungen und in Absprache mit dem Zentralkomitee (ZK) der SED koordiniert. Im Jahre 1979 wies ein Überläufer auf die Abstimmung "Aktiver Maßnahmen" mit dem Politbüro des Zentralkomitees der SED hin und erklärte, die "Linie" der Maßnahmen werde von der SED vorgegeben.

Überläufer aus dem Bereich des sowjetischen Nachrichtendienstes KGB haben bisher alle auf die politische Steuerung der "Desinformazija" - Aktivitäten durch die KPdSU hingewiesen. Es liegen übereinstimmende Aussagen vor, wonach das Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU entsprechende Aktivitäten des KGB angeordnet oder gebilligt habe. Ideen für "Aktive Maßnahmen globalen Ausmaßes" kämen in der Regel vom Zentralkomitee der KPdSU. Überläufer haben insbesondere auf die Bedeutung der "Internationalen" und der "Internationalen Informationsabteilung" des Zentralkomitees der KPDSU bei der Durchführung "Aktiver Maßnahmen" hingewiesen. Sie seien neben dem KGB und dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Träger "Aktiver Maßnahmen". Die "Internationale Abteilung" des Zentralkomitees sei für die Koordinierung "Aktiver Maßnahmen" zuständig. Sie erarbeite die Aspekte und Themen derartiger Maßnahmen. Die "Internationale Informationsabteilung" des Zentralkomitees der KPDSU sei eigens zur Ausführung aktiver Maßnahmen gegründet worden.

Nach den Aussagen eines tschechoslowakischen Überläufers über die politische Steuerung des Nachrichtendienstes der CSSR soll sich der Leiter dieses Dienstes bei problematischen Vorschlägen für "Aktive Maßnahmen" mit einer Abteilung des Sekretariats oder teilweise sogar mit dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KPC beraten haben. Beide Instanzen seien berechtigt gewesen, Operationen auf diesem Gebiet zu genehmigen oder abzulehnen.

IV. Zusammenarbeit gegenerischer Nachrichtendienste und Erscheinungsformen "Aktiver Maßnahmen"

Es ist nach vorliegenden Erkenntnissen davon auszugehen, daß die gegnerischen Nachrichtendienste auf dem Gebiet der "Aktiven Maßnahmen" eng zusammenar-

beiten. Kein Zweifel besteht daran, daß der sowjetische Nachrichtendienst KGB seine generelle Planung auf dem Gebiet der "Aktiven Maßnahmen" mit den Nachrichtendiensten anderer Ostblockstaaten abstimmt, Maßnahmen von ihnen durchführen oder unterstützen läßt und sie an den finanziellen Lasten beteiligt bzw. ihnen einen Teil des operativen und politischen Risikos auferlegt. Die Auswertung der bisher erkannten "Aktiven Maßnahmen" läßt den Schluß zu, daß einzelne Maßnahmen, soweit sie global durchgeführt wurden, von den gegnerischen Nachrichtendiensten gemeinsam und in Abstimmung oder sogar unter Leitung des KGB durchgeführt worden sind.

Die gegnerischen Dienste verfügen über besondere Organisationseinheiten, die sich mit der Planung, Steuerung und teilweise auch mit der Durchführung "Aktiver Maßnahmen" befassen. Darüber hinaus sind jedoch die operativen Abteilungen maßgeblich an der Entwicklung, Vorbereitung und insbesondere der Durchführung derartiger Maßnahmen beteiligt. Die gegnerischen Dienste bedienen sich hierbei auch anderer staatlicher oder gesellschaftlicher Einrichtungen und Organisationen ihrer Länder.

Die "Aktiven Maßnahmen" zeichnen sich durch unterschiedliche Erscheinungsformen aus, die in der Regel nicht getrennt, sondern vermischt angewandt werden. Sie haben sich im Laufe der Jahre gewandelt und verfeinert.

1. Beeinflussungsoperation

Die Beeinflussungsoperation gegnerischer Nachrichtendienste ist der einmalige und/oder in der Regel langfristig angelegte Versuch, die Innen- und Außenpolitik eines nichtkommunistischen Landes nachhaltig zu beeinflussen und evtl. auch zu steuern. Mit nachrichtendienstlichen Mitteln und Methoden werden dabei die Meinung und das Verhalten von Regierungen und Parteien, der Bevölkerung und einer Vielzahl von sonstigen Einrichtungen des politischen, wirtschaftlichen, militärischen, aber auch des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens dieser Staaten mit dem Ziel manipuliert, das dort bestehende Gesellschaftssystem im Sinne der kommunistischen Absichten zu beeinflussen, auszuhöhlen und letzendlich zu zerstören. Träger von Beeinflussungsoperationen sind der Einflußagent und der "unbewußte Multiplikator".

Ein entscheidendes Merkmal der Beeinflussungsoperation ist, daß Art und Weise der Beeinflussung geschickt getarnt und in der Regel nicht oder nur schwer als proöstliche Steuerung zu erkennen sind. Die Durchführung von Beeinflus-

sungsoperationen ist für die gegnerischen Nachrichtendienste mit einem hohen politischen Risiko verbunden, da die Enttarnung der diese Operationen tragenden Personen - Einflußagent, unbewußter Multiplikator - aufgrund ihrer in der Regel herausragenden politischen oder gesellschaftlichen Positionen zu schwerwiegenden außenpolitischen Komplikationen führen kann.

2. Desinformation

"Desinformation" bedeutet in unserem Sprachgebrauch das Zuspielen falscher, unvollständiger, entstellter, veralteter oder überholter Informationen durch die gegnerischen Nachrichtendienste in der Absicht, den oder die Empfänger zu einem von der politischen Führung der kommunistischen Staaten gewünschten Verhalten zu veranlassen und dadurch in erster Linie die politischen, militärischen und wirtschaftlichen, aber auch die wissenschaftlichen, technischen oder nachrichtendienstlichen Verhältnisse zu beeinflussen.

Die Bedeutung, die östliche Nachrichtendienste den "Aktiven Maßnahmen" beimessen, hat historische Ursachen. Getreu der bereits 1902 von Lenin getroffenen Feststellung

> "Die politischen Enthüllungen sind darum an und für sich schon eines der wirksamsten Mittel zur Zersetzung der feindlichen Reihen, ein Mittel, dem Feinde seine zufälligen oder zeitweiligen Verbündeten abtrünnig zu machen, ein Mittel, zwischen den ständigen Trägern der absolutistischen Macht Feindschaft und Mißtrauen zu säen"

versuchen die gegnerischen Nachrichtendienste, durch eine Vielzahl von Desinformationsoperationen Organisationen und Personen, die ihren außenpolitischen Absichten im Wege stehen, zu diffamieren und zu diskreditieren. Grundlage für diese Operation bilden von den gegnerischen Diensten mit nachrichtendienstlichen Mitteln und Methoden verbreitete, in der Regel total gefälschte oder konstruierte Informationen.

Die Auswertung der in den letzten Jahren erkannten Desinformationsoperationen hat gezeigt, daß die gegnerischen Nachrichtendienste hierfür zunehmend operativ beschaffte wahre, wenn auch veraltete oder überholte Informationen oder teilweise wahre und aktuelle Informationen, die lediglich in Teilaspekten verfälscht sind, verwenden. Dies hat zu einer erheblichen "qualitativen" Verbesserung der gegnerischen Desinformation geführt, die zumindest im Augenblick der ersten Veröffentlichung einen nachhaltigen Erfolg garantiert.

V. Träger "Aktiver Maßnahmen"

Die gegnerischen Nachrichtendienste setzen für die Durchführung "Aktiver Maßnahmen" im Operationsgebiet in erster Linie die inoffiziellen Mitarbeiter ihrer operativen Abteilung ein.

Ferner wurden in den vergangenen Jahren zunehmend inoffizielle Mitarbeiter dieser Nachrichtendienste für "Aktive Maßnahmen" genutzt, nachdem sie aus dem Operationsgebiet abgezogen worden waren. Von ihnen operativ beschaffte Informationen bildeten wiederholt die Grundlage für großangelegte "Enthüllungskampagnen" der kommunistischen Staaten.

1. Einflußagent

Der Einflußagent als Träger von Beeinflussungsoperationen ist Agent eines gegnerischen Nachrichtendienstes. Er hat den Auftrag, seine einflußreiche politische, gesellschaftliche oder berufliche Position dazu zu benutzen und zu mißbrauchen, insbesondere politische, wirtschaftliche und militärische Meinungs- und Entscheidungsprozesse nichtkommunistischer Staaten entscheidend zu beeinflussen und bestimmte Aktivitäten dabei zu führen. Dabei versucht er, in seinem Einflußbereich die kommunistische Politik und Ideologie getarnt in Meinungs- und Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen, indem er seinem Auftrag dienliche Meinungen, Entscheidungen und Aktivitäten unterstützt und fördert bzw. entgegenstehende bekämpft und zu verhindern versucht - letzteres unter Umständen auch dadurch, daß er mittels seiner Position Druck ausübt. Aus der Sicht gegnerischer Dienste können als potentielle Einflußagenten folgende Berufsgruppen in Frage kommen: Journalisten, Beamte, Parteifunktionäre, Parlamentsabgeordnete, Politiker, Mitarbeiter anderer politischer, wirtschaftlicher und militärischer Organisationen und Angehörige der westlichen Nachrichtendienste.

2. "Unbewußter Multiplikator"

Eine nicht unbedeutende Gruppe von Träger "Aktiver Maßnahmen" stellen die sog. "Unbewußten Multiplikatoren" dar, auch als "kontrollierte Informationsträger" oder früher als "nützliche Idioten" bezeichnet.

Der "Unbewußte Multiplikator" hat in der Regel eine einflußreiche politische, gesellschaftliche oder berufliche Position inne. Er zeichnet sich häufig auch

durch Eigenschaften aus, die es einem gegnerischen Nachrichtendienst vielfach erlauben, ihn ohne sein eigentliches Wissen für "Aktive Maßnahmen" zu nutzen und zu mißbrauchen:

- kritische Haltung gegenüber dem eigenen Gesellschaftssystem
- Identifizierung mit der kommunistischen Ideologie und/oder kommunistischer Politik nahestehend
- im Wirtschaftsbereich unter Mißachtung der politischen Gegebenheiten nur seine eigenen wirtschaftlichen Interessen verfolgend.

Die objektiven Merkmale dieses Trägers "Aktiver Maßnahmen" entsprechen weitgehend denen des Einflußagenten.

Beide unterscheiden sich jedoch in erster Linie dadurch, daß der "unbewußte Multiplikator" nicht wie der Einflußagent als Agent tätig wird, sondern wegen der Verwirklichung eigener politischer oder wirtschaftlicher Ziele unbewußt, aber vom gegnerischen Nachrichtendienst beeinflußt oder sogar gesteuert, kommunistische Absichten unterstützt und fördert. Ansatzpunkte und Gelegenheiten für die Beeinflussung und Steuerung stellen unter anderem die offiziellen Kontakte zu den hauptamtlichen Mitarbeitern der legalen Residenturen dar, hier insbesondere zu den Presse-, Kultur- und Handelattachés sowie zu den als Journalisten getarnten Angehörigen der gegnerischen Nachrichtendienste.

Auch hier gilt die besondere Aufmerksamkeit der gegnerischen Dienste den Journalisten der nichtkommunistischen Staaten. Dies hat die Auswertung der bisher erkannten "Aktiven Maßnahmen" untermauert.

VI. Mittel und Methoden "Aktiver Maßnahmen"

Bei der Durchführung "Aktiver Maßnahmen" bedienen sich die gegnerischen Nachrichtendienste verschiedener Mittel und Methoden, die sie in der Regel kombiniert anwenden. Art, Inhalt und Umfang dieser Mittel und Methoden werden laufend den aktuellen politischen und nachrichtendienstlichen Gegebenheiten angepaßt.

1. Ausnutzung der Medien

Neben der Nutzung aller Medien des eigenen Macht- und Einflußbereiches stellt die Manipulation der Medien nichtkommunistischer

Staaten, insbesondere der der westlichen Welt, die am häufigsten angewandte Methode zur Verwirklichung "Aktiver Maßnahmen" dar. Unter Ausnutzung und Mißbrauch des Nachrichtenmarktes und der Informations- und Meinungsfreiheit insbesondere in den demokratischen Staaten der westlichen Welt lancieren die gegnerischen Dienste Informationen in Medien mit dem Ziel, daß

- Herkunft und Wahrheitsgehalt der Informationen nicht erkannt oder
- ihr teilweise eindeutiger nachrichtendienstlicher Hintergrund verschwiegen oder für nicht erheblich gehalten wird und
- sie daher als echt und zutreffend angesehen und für die Berichterstattung des ausgewählten Mediums verwandt werden.

Mit dieser Methode ermöglichen die gegnerischen Dienste anschließend ihren eigenen Medien, die von ihnen inszenierte Berichterstattung als die Meinung der nichtkommunistischen Welt aufzugreifen und sie manipuliert als "Beweis" für die Richtigkeit der kommunistischen Absichten "auszuschlachten".

Nach Überläuferaussagen bedienen sich die Dienste der UdSSR bei der Durchführung "Aktiver Maßnahmen" in erster Linie nichtsowjetischer und nichtkommunistischer Journalisten und Rundfunkredakteure. Auslandskorrespondenten sowjetischer Presseagenturen verfügten über großzügig bemessene Geldbeträge, um durch diskrete und zuverlässige Kontaktleute Artikel lancieren oder schreiben zu lassen.

Bei der Lancierung von Informationen im Pressebereich haben die gegnerischen Nachrichtendienste vielfach folgende Methoden angewandt:

- Die vermutlich bisher am häufigsten verwandte Methode stellt das anonyme Zuspielen von Informationen in Form von abgelichteten Schriftstücken und Fotonegativen dar.

- Eine weitere Methode ist das Lancieren von Informationen über Presseeinrichtungen und Organe des eigenen Macht- und Einflußbereiches. Dabei haben die eigenen Medien in erster Linie die Funktion, die Übernahme von Informationen in den Medien der westlichen Welt zu initiieren.

- In Einzelfällen ist ferner festgestellt worden, daß gegnerische Nachrichtendienste, nachdem sie Presseorganen Informationen anonym zugespielt hatten, bei der gezielten Nachfrage bereit waren, weitere Informationen zu liefern.

2. Fälschungen

Jahrelang basierten die Desinformationsoperationen gegnerischer Nachrichtendienste auf Fälschungen. In der Regel total gefälschte Dokumente, Fotomontagen, Publikationsorgane, teilweise angereichert mit wahren Sachverhalten - soweit diese dem angestrebten Ziel dienlich waren -, bildeten die Grundlagen für Verleumdungs- und Diffamierungskampagnen.

Zur Herstellung von Fälschungen verfügen die gegnerischen Dienste in ihren Archiven über umfangreiche Sammlungen legal und illegal beschaffter amtlicher und privater Originalunterlagen, Unterschriften und Lichtbilder führender Persönlichkeiten und andere Hilfsmittel.

In den vergangenen Jahren sind die gegnerischen Dienste zunehmend dazu übergegangen, den sowohl sachlichen als auch formalen Wahrheitsgehalt ihrer Desinformationsmaterialien erheblich zu verbessern. In der Regel handelt es sich heute um tendenziös verfälschte Originalunterlagen von hoher technischer Qualität, die als Fälschung nur sehr schwer zu identifizieren sind.

3. Briefaktionen

Eine weitere Methode stellen die Briefaktionen gegnerischer Nachrichtendienste dar. Entsprechend aufbereitete Unterlagen werden führenden Persönlichkeiten in Politik und Gesellschaft, Mitgliedern bestimmter Zielgruppen oder auch Einzelpersonen entweder anonym oder mit fiktivem Absender mit dem Ziel zugesandt, Personengruppen oder auch Einzelpersonen zu beeinflussen bzw. sie in den Augen der Empfänger zu diffamieren.

VII. Beispiele erkannter "Aktiver Maßnahmen" gegnerischer Nachrichtendienste

1. Briefkampagne gegen Dr. Logdmann, Sprecher der "Sudetendeutschen Landsmannschaft" - 1956/1958

In den Jahren 1956-1958 stand Dr. Logdmann im Mittelpunkt einer Kampagne mittels gefälschter Briefe. So erhielt er 1956 anläßlich des "Sudetendeutschen Tages" eine Grußbotschaft des amerikanischen Kardinals Spellman, die sich später als Fälschung herausstellte. 1957 ging französischen Politikern ein angeblich von Dr. Logdmann verfaßter Brief zu, in dem er sich für eine angebliche Grußbotschaft zum "Sudetendeutschen Tag" 1957 bedankte.

Im Jahre 1958 wurde einem amerikanischen Senator eine fingierte Todesanzeige für den noch lebenden Dr. Logdmann zugesandt. In weiteren gefälschten Briefen wurden Logdmann und andere Funktionäre der Landsmannschaft als Urheber dieser Fälschung bezeichnet.

Bereits 1956/1958 stellte das Bayerische Landeskriminalamt fest, daß in den gefälschten Briefen enthaltene fehlerhafte und sprachlich ungewöhnliche Formulierungen eindeutig auf einen tschechoslowakischen Urheber hindeuteten. Überläuferaussagen bestätigten später, daß es sich um eine Aktion des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes handelte, die das Ziel hatte, die "Sudetendeutsche Landsmannschaft" als eine "Gruppe von Hochstaplern" zu diskreditieren.

2. Gefälschte Briefe der CDU/CSU anläßlich der Bundestagswahl 1957

Vor der Bundestagswahl 1957 tauchten in der Bundesrepublik Deutschland mehrere gefälschte Briefe führender CDU/CSU-Politiker auf. Mit einem Brief an die katholischen Wähler sowie einem Schreiben an die evangelischen Wähler der CDU wurde versucht, diese Wählergruppen gegeneinander aufzuwiegeln und die Partei zu spalten. Zwei Briefe des damaligen CDU-Vorsitzenden zielten auf angeblich bestehende Differenzen zwischen ihm und anderen CDU-Politikern sowie auf Differenzen zwischen der CDU und den übrigen Parteien ab. Angehörige der Bundeswehr erhielten ferner einen Brief des seinerzeitigen Verteidigungsministers, in denen dieser zum Kampf gegen die Wehrpolitik der SPD aufrief.

Nach Überläuferaussagen handelte es sich bei diesen Briefen ausnahmslos um Fälschungen der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Sie seien von der Abteilung II der HVA konzipiert, von der Abteilung VII abschließend redigiert, von der Abteilung K gefertigt (gefälscht) und dann in einer Auflage von jeweils 400-500 Exemplaren durch geheime Mitarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland in Umlauf gebracht worden. Ausgangsmaterial seien Originalbriefbögen und sonstige interne Unterlagen aus dem Bereich der CDU gewesen, die geheime Mitarbeiter des MfS unter anderem aus der Bundesgeschäftsstelle der CDU beschafft hätten.

3. **Hakenkreuz-Aktion 1959/1960**

Von Dezember 1959 bis Mitte Februar 1960 wurden in der Bundesrepublik Deutschland zahlreiche antijüdische Aktionen (Schmierereien von Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen an Synagogen, auf jüdischen Friedhöfen und an Geschäftshäusern) durchgeführt, die zu einer weltweiten Pressekampagne führten. Aus Überläuferaussagen wurde bekannt, daß Urheber dieser Aktionen der sowjetische Nachrichtendienst KGB gewesen ist.

4. **Verleumdungskampagne gegen den ehemaligen Bundespräsidenten Heinrich Lübke**

Von 1966 bis 1968 stand Bundespräsident Lübke im Mittelpunkt einer umfangreichen Verleumdungskampagne, in deren Verlauf ihm vorgeworfen wurde, er habe während des 2. Weltkrieges am Bau von Konzentrationslagern mitgewirkt. Ein kurze Zeit später in den Westen geflohener tschechoslowakischer Geheimdienstangehöriger hat hierzu in einem Fernsehinterview folgendes ausgesagt:

> "Mir ist bekannt, daß der ostdeutsche Nachrichtendienst eine ausgedehnte Propagandakampagne gegen Lübke vorbereitet und geleitet hat. Die Ostdeutschen haben auf einer Konferenz von uns verlangt, daß wir unsere Archive durchsuchen, um zu sehen, ob wir nicht etwas gegen Lübke hätten. Bei dieser Gelegenheit haben sie uns diskret angedeutet, daß wir auch einige Dokumente präparieren könnten. Das heißt, klar gesagt, daß wir sie fälschen sollten. Ich glaube, daß dies ein Beweis dafür ist, daß die Ostdeutschen eine Reihe von Dokumenten in diesem Zusammenhang gefälscht haben."

5. **"Abhörfall" Kohl/Biedenkopf - 1975**

Im Juni 1975 wurde durch eine Presseveröffentlichung bekannt, daß ein am 3. Oktober 1974 zwischen den CDU-Politikern Kohl und Biedenkopf geführtes Telefongespräch abgehört worden sei. Ein als "agent-report" eines US-Nachrichtendienstes hergerichtetes angebliches Abhörprotokoll dieses Gespräches war Anfang Juni 1975 der Presse anonym zugespielt worden.

Das einem US-Nachrichtendienst zugeschriebene "Abhörprotokoll" stellte sich als Fälschung heraus. Äußere Form, Inhalt, Zielsetzung und die Art der Verbreitung lassen jedoch eine Vielzahl von typischen Elementen von Desinformationsoperationen gegnerischer Nachrichtendienste erkennen.

6. Der gefälschte "Dulles-Brief" - 1976

Im Juni 1976 veröffentlichte eine Zeitung die Kopie eines angeblich vom ehemaligen Direktor der CIA, Dulles, an den damaligen Bundesminister der Verteidigung gerichteten Briefes vom 5. November 1958. Im Brief war die Rede von finanziellen Zuwendungen an Strauß im Zusammenhang mit dem Vertragsabschluß mit einer Firma, bei der offensichtlich die amerikanische Flugzeugfirma Lockheed gemeint war. Der Brief, der Anfang September 1976 mehreren Journalisten in der Bundesrepublik Deutschland anonym zugesandt worden war, war bereits im April 1976 - ebenfalls anonym - dem Bundesminister der Verteidigung zugegangen. Wie eine Untersuchungskommission in ihrem Abschlußbericht von 1978 festhält, haben CIA und CSU den Brief übereinstimmend als Fälschung bezeichnet.

Parallelen zu anderen Vorfällen lassen erkennen, daß auch hier die Urheberschaft eines gegnerischen Nachrichtendienstes mehr als deutlich ist.

7. "Abhörfall" Strauß/Scharnagel - 1977/1978

Im Dezember 1977 ging der Presse ein anonymes Schreiben zu, dem in Ablichtung ein 5 Seiten umfassendes "Abhörprotokoll des BND" über ein Telefongespräch zwischen dem CSU-Vorsitzenden und dem damaligen Chefredakteur des "Bayernkurier" vom September 1976 beigefügt war. Gegenstand dieses Gespräches waren u.a. angebliche Äußerungen beider Gesprächspartner zu den gegen den CSU-Vorsitzenden gerichteten Bestechungsvorwürfen im Rahmen der "Lockheed-Affäre". Die Presse veröffentlichte Einzelheiten aus diesem "Abhörprotokoll" unter der Überschrift "Ein anonymes Paket Zündstoff".

Bei dem angeblich vom Bundesnachrichtendienst gefertigten "Abhörprotokoll" handelte es sich um eine Fälschung. Äußere Form, Inhalt, Zielsetzung und die Art der Verbreitung des "Abhörprotokolls" lassen eine Vielzahl typischer Elemente von Desinformationsoperationen gegnerischer Nachrichtendienste erkennen.

8. Gefälschter Brief des seinerzeitigen CSU-Landesgruppenvorsitzenden - 1979

Im Mai 1979 ging verschiedenen Presseorganen in der Bundesrepublik Deutschland ein Brief des seinerzeitigen CSU-Landesgruppenvorsitzenden vom 23. Mai 1979 zu, dessen Inhalt geeignet war, die zu dieser Zeit zwischen der CDU und der CSU bestehenden Spannungen zu vertiefen.

Die Pressestelle der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag bezeichnete diesen Brief als Fälschung. Der Vorsitzende der Landesgruppe habe diesen Brief nicht geschrieben, auch sei der für die Fälschung verwandte Briefbogen seit Jahren nicht mehr im Gebrauch und vom Büro des Landesgruppenvorsitzenden auch nie benutzt worden.

Inhalt und die Art der Verbreitung des Briefes sowie die in der Fälschung enthaltenen fehlerhaften und sprachlich ungewöhnlichen Formulierungen deuten auf eine Desinformation eines gegnerischen Nachrichtendienstes hin - eventuell auf den ungarischen Nachrichtendienst.

9. Sogenannte "Enthüllungen"

Eine wiederholt bis in die jüngste Zeit benutzte Variante der "Desinformation" stellen sogenannte "Enthüllungen" von Agenten des MfS nach ihrem Abzug aus dem Bundesgebiet dar. Zu erwähnen sind hier die Veröffentlichungen

- verschiedener 1968 in die DDR zurückgerufener Wissenschaftler und Ingenieure, die ausnahmslos Agenten der HVA des MfS gewesen sind, über die angeblichen damals in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen "Atompläne", "ABC-Kriegsvorbereitungen" und Vorbereitungen zur "Eigenproduktion von Kernwaffen" und

- mehrerer 1979/1980 in die DDR geflüchteter MfS-Agentinnen über den "Kriegskurs der NATO" bzw. die angebliche "enge Zusammenarbeit zwischen der CDU/CSU und dem Bundesnachrichtendienst".

10. Aktive Maßnahmen gegen die Kernenergiewirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Mitte der 70er Jahre plante nach vorliegenden Erkenntnissen die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS der DDR langfristig wirkende Maßnahmen gegen die deutsche Kernenergiewirtschaft mit dem Ziel einer nachhaltigen Störung der wirtschaftlichen Entwicklung und einer Schädigung der Wirtschaftskraft der Bundesrepublik Deutschland. Durch die Beeinflussung und Unterstützung von Pressekampagnen gegen die angeblich von der wirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie ausgehenden Gefahren sollte eine breite Mobilisierung der Bevölkerung gegen Kernkraftgroßanlagen erreicht werden.

Als Beispiel für eine in diesem Rahmen geplante, aber letztlich nicht durchgeführte Aktion bestanden Überlegungen im MfS, kleinste, unschädliche Mengen radioaktiver Stoffe in der Umgebung von Kernkraftwerken oder Atommülldeponien auszulegen. Als Zielobjekt sei die damals geplante Atommülldeponie Gorleben ausgesucht worden. Aus Gründen politischer Opportunität sei diese Maßnahme jedoch zurückgestellt worden. Das MfS habe sich einen größeren Erfolg versprochen, wenn das Projekt durch eine solche Maßnahme kurz vor der Fertigstellung zu Fall gebracht werden würde.

11. Verbreitung geheimer NATO-Papiere

Auch die westliche Verteidigungs- und Bündnispolitik war und ist Ziel "Aktiver Maßnahmen", insbesondere im Zusammenhang mit der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß.

Im Mai 1983 erhielten mehrere Journalisten in der Bundesrepublik Deutschland von einer nichtexistenten "Gesellschaft für vernünftige Politik e.V." mit angeblichem Sitz in Dortmund und Ulm eine englischsprachige Broschüre, die Ablichtungen von NATO-Verteidigungsplänen aus den Jahren 1968/1969 mit teilweise höchster Geheimhaltungsstufe enthielt. In einer beigefügten Kommentierung versuchten die Verfasser durch geschickte Verbindung von Textteilen, die aus dem Gesamtzusammenhang gerissen waren, den Nachweis zu erbringen, daß die NATO aufgrund ihrer Planungen einen nuklearen Angriffskrieg vorbereitet. Es sollte der Eindruck erweckt werden, der Einsatz von Kernwaffen unterliege allein dem Ermessen amerikanischer Generäle, die von einer vorangehenden Entscheidung politischer Gremien unabhängig seien. Ein auf diese Weise begonnener Kernwaffenkrieg werde in erster Linie die Bundesrepublik Deutschland treffen.

Wegen der professionellen Manipulation hätte eine Veröffentlichung durch die Presse in der Bevölkerung die beabsichtigte erhebliche Irritation über die Ziele der NATO hervorgerufen.

12. Gefährdung außenpolitischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland durch "Aktive Maßnahmen"

Im Frühjahr 1983 legte der für Sicherheitsfragen zuständige Minister eines afrikanischen Staates auf einer internationalen Pressekonferenz einen angeb-

lichen Bericht der dortigen deutschen Botschaft vor, in dem von Umsturzbemühungen der USA gegen seine Regierung sowie dem Aufbau von Söldnertruppen im benachbarten Ausland die Rede war. Ferner enthielt der Bericht kritische und herabwürdigende Äußerungen über den Staatschef. Obwohl die deutsche Botschaft unverzüglich die Echtheit des Berichtes dementierte, veröffentlichten wenig später zwei Tageszeitungen das angebliche Botschaftsschreiben. Erst nachdem die Botschaft unanfechtbare Beweise für die Fälschung des Berichtes vorlegte, erkannte die afrikanische Regierung das "Dokument" als Fälschung an. Dennoch griff wenig später nochmals eine Zeitschrift den Bericht auf und unterstrich der Eindruck der Echtheit durch einen Teilabdruck des Briefkopfes. Bemerkenswerterweise war dieser Abdruck im Gegensatz zum ursprünglich veröffentlichten Falsifikat in den Punkten berichtigt worden, mit denen von deutscher Seite der Nachweis einer Fälschung erbracht worden war. Hinweise auf eine Urheberschaft des MfS der DDR ergaben sich aus der Qualität der Fälschung und der stilistischen Abfassung der deutschsprachigen Fassung, die von der englischen Version des Botschaftsberichts abwich.

Die mehrfachen Veröffentlichungen des gefälschten Berichts schadeten den Interessen der Bundesrepublik Deutschland in Afrika. Die Beziehungen zu dem afrikanischen Land verschlechterten sich nachhaltig, und die Öffentlichkeit erhielt den Eindruck einer Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an einem angeblich geplanten Umsturz.

13. Versuch politischer Verunglimpfung von Politikern

Ende Dezember 1982 gingen italienischen, britischen und türkischen Presseorganen in anonymer Form Kopien gefälschter Briefe zu, darunter ein angebliches vertrauliches Schreiben des bayerischen Ministerpräsidenten an den Vorsitzenden der türkischen "Partei der Nationalen Bewegung" vom Juni 1980. Diese Fälschung enthielt herabwürdigende Äußerungen zur Person und Politik des Papstes und erweckte den Eindruck, der bayerische Ministerpräsident habe aufgrund seiner intensiven Kontakte zu dem türkischen Parteivorsitzenden gewußt, daß Agca schon im November 1979 im Auftrag der türkischen "Partei der Nationalen Bewegung" öffentlich die Ermordung des Papstes anläßlich dessen Türkeibesuches angekündigt habe.

Ziel dieser "Aktiven Maßnahme" dürfte neben der politischen Verunglimpfung des bayerischen Ministerpräsidenten in erster Linie eine Ablenkung von der zu dieser Zeit öffentlich diskutierten Verstrickung des bulgarischen Nachrichtendienstes in das Papstattentat gewesen sein.

Anhaltspunkt für die Urheberschaft eines Ostblocknachrichtendienstes war die Tatsache, daß Angehörige der bulgarischen Botschaft nach Zusendung des Briefes unvermittelt Kontakte zu zwei Adressaten der Briefe aufnahmen.

14. Einflußagenten

Im folgenden werden zwei klassische Beispiele für die Tätigkeit von Einflußagenten dargestellt.

Ein Großkaufmann aus dem süddeutschen Raum war von 1953 bis 1957 Agent des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Er hatte den Auftrag, seine gesellschaftliche Stellung in der Bundesrepublik Deutschland zur Anbahnung von Beziehungen zu maßgebenden Persönlichkeiten und Einrichtungen zu nutzen, um so Informationen insbesondere aus Politik und Wirtschaft zu beschaffen. Auftragsgemäß trat er 1955 einer demokratischen Partei bei. In den folgenden Jahren gelang es ihm - auch durch großzügige Spenden an seine Partei -, engere Beziehungen zu dem seinerzeitigen Parteivorsitzenden herzustellen. Im Jahre 1961 versuchte er im Auftrage des MfS, den Parteivorsitzenden dazu zu bewegen, eine Regierungskoalition mit der CDU/CSU einzugehen und in der Bundesregierung ein Ministeramt zu übernehmen. 1966 unternahm er ebenfall auftragsgemäß den Versuch, seine Partei zu einer Regierungskoalition mit der SPD in Bayern zu bewegen.

Im Rahmen des Strafverfahrens wurde festgestellt, daß das MfS versucht habe, über den Großkaufmann sowohl Einfluß auf Regierungsentscheidungen zu nehmen als auch Informationen aus dem Bereich der Bundesregierung zu beschaffen. Angestrebtes Ziel sei die Mitgliedschaft des Agenten im Deutschen Bundestag und die Übernahme eines Ministeramtes gewesen.

Der Agent war inoffizieller Mitarbeiter einer Arbeitseinheit der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS gewesen, die für die nachrichtendienstliche Aufklärungs- und Zersetzungsarbeit innerhalb seiner Partei zuständig war.

Ein Journalist und Schriftsteller war von 1951 bis Anfang 1960 Chefredakteur einer kommunistischen Tarnzeitung und seit Oktober 1960 Agent der Abteilung V der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS, die sich mit der Beschaffung von Informationen aus dem Bereich Wirtschaft, Wissenschaft und Technik befaßte.

Er hatte in erster Linie den Auftrag, Verbindungen zur deutschen, aber insbesondere zur französischen Presse zu knüpfen, um dort im Auftrage des MfS politische Artikel zu lancieren. Hierzu erhielt er vom MfS entsprechend hergerichtetes Pressematerial, unter anderem eine Ausarbeitung über die Berlin-Frage sowie eine weitere über "ABC-Waffen für die westdeutsche Bundeswehr", in der behauptet wurde, die Bundesrepublik Deutschland arbeite entgegen ihrer in Verträgen übernommenen Verpflichtung an der Ausrüstung der Bundeswehr mit ABC-Waffen. Während seine Versuche, die Artikel auftragsgemäß in deutsche Zeitungen zu lancieren, scheiterten, gelang es ihm, die Artikel in der französischen Presse unterzubringen.

Kurze Zeit später gelang ihm die Veröffentlichung eines weiteren Artikels über die angebliche Aufrüstung der Bundeswehr mit ABC-Waffen in der französischen Presse.

Diesen Artikel übernahm das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" wenige Tage später unter der Überschrift "Bonn, eine Gefahr für Westeuropa, französische Zeitung warnt Westmächte vor Strauß' Vormachtstreben".

15. Versuch einer Störung des Vertrauens der deutschen Wirtschaft in die amerikanische Regierung

Im November 1984 erhielten zahlreiche deutsche Firmen ein in englischer Sprache gehaltenes angebliches Schreiben des amerikanischen Handelsministeriums, mit dem die Firmen um Offenlegung ihres Technologieexports in Ostblockstaaten ersucht wurden. Ermittlungen haben ergeben, daß das amerikanische Handelsministerium weder als Autor noch als Absender in Frage kommt. Im Englischen ungebräuchliche Formulierungen sind ein weiterer Anhaltspunkt dafür, daß es sich bei diesem Schreiben um eine Fälschung handelt. Mit diesem Schreiben und den sehr gezielt gestellten Fragen nach Geschäftspraktiken und -volumina deutscher Firmen dürfte die Absicht verbunden gewesen sein, Unruhe und Mißtrauen gegen die Vereinigten Staaten in die deutsche Wirtschaft hineinzutragen.

16. Desinformation des "Sowjetischen Friedenskomitees"

Unter der Überschrift "Befohlen, zu schießen" berichtet die Zeitschrift "Das XX. Jahrhundert und der Frieden", Organ des "Sowjetischen Friedenskomitees" über "verstärkte Repressalien" gegen die "BRD-Friedensbewegung". In dem Beitrag heißt es u.a.

> "100 m vor der amerikanischen Botschaft in Bad Godesberg, in einem Stadtteil von Bonn, starben drei Menschen: die Amerikanerin Andrea Ivanovic, die Deutsche Johanna Jordan und der Franzose Dadier Menguy. Sie sind aus Protest gegen das von den USA aufgezwungene Wettrüsten den Hungertod gestorben.
> ...."

Die Teilnehmer des "Hungerstreiks für den Frieden" im Herbst 1983 hatten ihre Aktion ausnahmslos vor Eintritt eines lebensbedrohenden Zustandes abgebrochen.

VIII. Einbindung der "Aktiven Maßnahmen" in die kommunistische Ideologie

Unmittelbar gesteuert von den Zentralkomitees der kommunistischen Parteien unterstützen die gegnerischen Nachrichtendienste, eingebunden in die außenpolitische Zielsetzung des Ostblocks, mit nachrichtendienstlichen Mitteln eine Aufgabe, die der Minister für Staatssicherheit der DDR, Erich Mielke, 1975 wie folgt umschrieben hat:

> "Die Staatssicherheitsorgane betrachten es als eine ihrer Hauptaufgaben, mit ihren spezifischen Mitteln und Möglichkeiten die Friedensoffensive der sozialistischen Gemeinschaft zu unterstützen und zur Stärkung der internationalen Sicherheit, zur Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, zur weiteren Zurückdrängung der aggressiven Kreise des Imperialismus und zur Verhinderung des Mißbrauchs der positiven Ergebnisse des Entspannungsprozesses seitens imperialistischer Kräfte beizutragen."
>
> (vgl. Theoretisches Organ der SED, "Einheit", Nr. 175, S. 47)

Der Clausewitz'sche Satz, wonach der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, wurde von Lenin umgekehrt. Demnach ist die Politik im Sinne kommunistischer Ideologie eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln oder ein Ersatz für den (militärischen) Krieg. Folglich können "Aktive Maßnahmen" als eine Form des politischen Krieges bezeichnet werden. Da der Gegner häufig nur schwer zu erkennen ist und er sich alle Möglichkeiten zunutze machen kann, die

eine freie Gesellschaft und eine freie Presse bieten, muß dieser Form eines Angriffs auf die freie Welt verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Einhergehen muß dies mit der Bereitschaft zu stärkerer Kritikfähigkeit gegenüber Meldungen und Informationen, deren Herkunft nicht immer eindeutig zu bestimmen ist. Kritikbereitschaft und Überlegungen zu der Frage, wem eine Publikation der Information letztendlich nutzt, werden in vielen Fällen zu einer richtigen Interpretation des Vorganges führen können.